



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Stakeholder-Dialog Wärmeplanung

Dokumentationsbericht



IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
Referat WB 9 „Wohnen und Klimaschutz, Bauwirtschaft“
Wolfgang Neußer
wolfgang.neusser@bbr.bund.de

Autorinnen und Autoren

Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena), Berlin
Dr. Andreas Koch
Alena Fox
Clara Rieken
Carlotta Becker

Stand

November 2025

Gestaltung

Heimrich & Hannot GmbH, Berlin

Bildnachweis

Titelbild: Claudius Pflug

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten
Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.
Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Der Herausgeber übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen des Herausgebers übereinstimmen.

Zitiervorschlag

Koch, A.; Fox, A.; Rieken, C.; Becker, C., 2025: Stakeholder-Dialog Wärmeplanung: Dokumentationsbericht. Herausgeber: Bundesinstitut für Bau-, Stadt-, und Raumforschung (BBSR). Bonn. <https://doi.org/10.58007/75tz-7n62>

DOI 10.58007/75tz-7n62

ISBN 978-3-98655-158-2

Bonn 2025

Stakeholder-Dialog Wärmeplanung

Dokumentationsbericht



Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen



ExWoSt

Das Projekt des Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) wurde vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) durchgeführt.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	6
1 Anlass des Dialogprozesses	9
2 Ausgangsbasis	11
3 Ablauf des Stakeholder-Dialogs Wärmeplanung	13
3.1 Themenfindung	15
3.2 Akteure	16
3.3 Formate	19
3.4 Synthese der Diskussionen	25
4 Diskussion und Lessons Learned	29
Literaturverzeichnis	32

Zusammenfassung

Die Wärmeversorgung hat in Deutschland einen Anteil von über 50 % am gesamten Energieverbrauch und ist damit maßgeblich für den CO₂-Ausstoß verantwortlich. Mit Inkrafttreten des Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (Wärmeplanungsgesetz, WPG) am 1. Januar 2024 sind die Länder verpflichtet, flächendeckend Wärmepläne für ihr Hoheitsgebiet zu erstellen. Die Länder haben diese Aufgabe durch Landesrecht auf die Kommunen übertragen. Das WPG soll sicherstellen, dass die Wärmeversorgung künftig nachhaltig, kosteneffizient und versorgungssicher ausgestaltet wird und dabei die Potenziale erneuerbarer Energien vor Ort berücksichtigt werden.

Zur Unterstützung der Länder und Kommunen bei der Umsetzung des WPG haben das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (heute: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE)) in der ersten Hälfte des Jahres 2024 einen Stakeholder-Dialog zur Wärmeplanung initiiert. Ziel war es, praktische Herausforderungen in verschiedenen Themenschwerpunkten zu identifizieren, Best-Practice-Beispiele auszutauschen und gemeinsam Lösungsansätze für die Wärmeplanung zu entwickeln.

Der Kreis der Stakeholder setzte sich aus Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, der Fachverbände der Wohnungs- und Energiewirtschaft, der zuständigen Bundes- und Landesministerien, der Landesenergieagenturen sowie der Planer und Kommunen verschiedenster Größenkonstellationen und regionaler Herkunft zusammen.

Der Stakeholder-Dialog Wärmeplanung (SHD WäPl) begann mit einer Auftaktveranstaltung am 1. Juli 2024, bei der die damalige Bundesbauministerin Klara Geywitz (BMWSB) und der damalige Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck (damals: BMWK) die Bedeutung der Wärmeplanung für die nachhaltige Stadtentwicklung und das Gelingen der Wärmewende betonten. In Panels wurden Fragen der Umsetzung des WPG auf Länder- und kommunaler Ebene und der Zusammenarbeit zwischen Energiewirtschaft und Kommunen sowie Themen rund um die Finanzierung, Förderung und Datenerhebung diskutiert.

Der weitere Verlauf des SHD WäPl war auf drei nachfolgende Fachworkshops und eine Abschlussveranstaltung ausgerichtet. Der erste Workshop am 17. Oktober 2024 diente der Identifikation von Herausforderungen und Zielkonflikten in den vier im Vorfeld durch die

beteiligten Ministerien, das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und die Deutsche Energie-Agentur (dena) definierten Themenschwerpunkten: „Daten“, „Kleine Kommunen“, „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Stadtentwicklung, Bauleitplanung und Raumordnung“ sowie „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Energieinfrastrukturplanung“.

Der zweite Workshop am 15. Januar 2025 befasste sich mit der Diskussion erster Lösungsansätze. Praxisberichte aus Meckenheim und Mannheim illustrierten Herausforderungen und Erfolgsfaktoren der Wärmeplanung. In Arbeitsgruppen wurden konkrete Lösungsansätze zunächst entwickelt und anschließend bewertet.

Beim dritten Workshop am 19. März 2025 wurden diese Ansätze priorisiert und mit konkreten Handlungsempfehlungen versehen. Dabei lag ein besonderer Fokus auf der Schaffung verlässlicher Planungsgrundlagen sowie der Finanzierung der Umsetzung der Wärmepläne auf der kommunalen Ebene. Eine Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern aus Energie- und Finanzwirtschaft und Kommunen beleuchtete die bestehenden Herausforderungen.

Die Abschlussveranstaltung am 11. Juni 2025 fasste die Ergebnisse des Stakeholder-Dialogs zusammen. Über die verschiedenen Workshops und Veranstaltungen sowie die begleitenden Diskussionen bot der SHD WäPl eine Plattform für Austausch, Vernetzung und Wissenstransfer zwischen den beteiligten Akteuren und lieferte Impulse für die weitere Ausgestaltung der Kommunalen Wärmeplanung.

Im Rahmen des SHD WäPl wurden Empfehlungen für Bund und Länder zur stärkeren Unterstützung bei der Wärmeplanung als Grundlage für eine klimaneutrale Wärmeerzeugung erarbeitet. Als zentrales Ergebnis wurden in einem Verdichtungsprozess aus den Themenschwerpunkten zusammen zehn Kernbotschaften herausgearbeitet, die unter anderem die Vereinfachung der Datenerhebung und -bereitstellung, die gezielte Unterstützung kleiner Kommunen, die stärkere Nutzung bauplanungsrechtlicher Instrumente zur Unterstützung der Wärmeplanung, die Förderung von Genossenschaften beim Aufbau kleiner Wärmenetze und die bessere Verzahnung von Wärmeplanung und Energieinfrastrukturplanung adressieren (vgl. Koch et al. 2025).

1 Anlass des Dialogprozesses

Zu Beginn des Jahres 2024 sind mit dem Inkrafttreten des WPG und der Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) wichtige Weichenstellungen zur Transformation der Wärmeversorgung erfolgt. Die Wärmeplanung trägt dazu bei, die benötigten Energieinfrastrukturen zu planen und gegebenenfalls auch die Schnittstellen zum Aus- und Umbau der unterschiedlichen Netzinfrastrukturen – Strom, Gas, Wärme und Wasserstoff – aufzuzeigen. Dadurch vermeidet sie unnötige Kosten und bietet Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen Orientierung im Hinblick auf voraussichtlich verfügbare dekarbonisierte Wärmeversorgungsoptionen. Durch den Rückbau fossilbasierter Energiesysteme ist die Information über vor Ort vorhandene Potenziale an erneuerbaren Energien und ihre Nutzbarmachung durch Wärmenetze für Eigentümerinnen und Eigentümer ebenso wie für Investoren eine wesentliche Grundlage.

Mit der am 3. August 2024 in Kraft getretenen Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (BGBl. 2024 Teil I Nummer 254) werden den Ländern für die Erstellung von Wärmeplänen für die Jahre 2024 bis 2028 Mittel in Höhe von 500 Mio. €, verteilt auf fünf Jahrestanchen zu je 100 Mio. €, zur Verfügung gestellt. Institutionell leistet die Bundesregierung weitere Unterstützung mit den Angeboten des Kompetenzzentrums Kommunale Wärmewende in Halle (KWW), das insbesondere die Kommunen bei allen Fragen rund um die Wärmeplanung berät. Begleitend zum Gesetzgebungsverfahren ist im Auftrag des BMWK (heute: BMWE) und des BMWSB zudem von einem Forschungskonsortium ein unverbindlicher „Leitfaden Wärmeplanung“ einschließlich eines Technikkatalogs erstellt worden, der gemeinsam mit einem einordnenden „Leit-

faden Kompakt“ am 1. Juli 2024 im Rahmen der Auftaktveranstaltung des SHD WäPl veröffentlicht worden ist.

Ergänzend zu diesen Unterstützungsleistungen begleiteten das BMWSB und das BMWK (heute: BMWE) Kommunen und Länder bei der Wärmeplanung mit dem Stakeholder-Dialog Wärmeplanung. Am 1. Juli 2024 fand unter Beteiligung der damaligen Bundesbauministerin Klara Geywitz und des damaligen Bundeswirtschaftsministers Dr. Robert Habeck die Auftaktveranstaltung des Dialogprozesses statt. Mit der Organisation und Durchführung dieses Dialogs wurde die dena mit Beteiligung des KWW und des BBSR beauftragt.

Ziel des Dialogprozesses war es, Länder und Kommunen bei der Umsetzung der Wärmeplanung zu unterstützen, Synergien und Best-Practices herauszuarbeiten und eine Plattform für Austausch, Erfahrungen und Empfehlungen aus dem Kreis der Stakeholder zu bieten.

Den Ländern obliegt es, sicherzustellen, dass in ihrem Hoheitsgebiet Wärmepläne erstellt werden. Mit dieser Verpflichtung erhalten die Länder in verschiedener Hinsicht eine wichtige Rolle. Im Wärmeplanungsgesetz ist die notwendige Verknüpfung unterschiedlicher föderaler Verwaltungs- und Planungskompetenzen angelegt. Damit verbunden ist die Herausforderung, Handlungsspielräume zu identifizieren, weiterzuentwickeln und gegebenenfalls auch zu standardisieren. Dies kann beispielsweise bei der Bereitstellung von qualifizierten, möglichst fachorientierten amtlichen Datengrundlagen oder auch bei der Konzeption vereinfachter Verfahren für kleine Kommunen sein. Die Auswahl der beteiligten Stakeholder richtete sich vorrangig an die Kommunen und Länder

sowie an einschlägig aktive Fachverbände, insbesondere der Wohnungs- und Energiewirtschaft. Ergänzend wurden Fachexpertinnen und -experten eingeladen, um ihr Fachwissen einzubringen.

Der Stakeholder-Dialog Wärmeplanung umfasste fünf Veranstaltungen, bestehend aus einer Auftaktveranstaltung, einer dreiteiligen Fachworkshopreihe mit Arbeitsgruppen zu den vier Themenschwerpunkten „Daten“, „Kleine Kommunen“, „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Stadtentwicklung, Bauleitplanung und Raumordnung“ und „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Energieinfrastrukturplanung“ sowie einer Abschlussveranstaltung zur Ergebnisdiskussion.

Personell möglichst konstant sollten in den Fachworkshops die konkreten Herausforderungen und mögliche Zielkonflikte des jeweiligen Themenbereichs gemeinsam identifiziert, Best-Practice-Beispiele und andere Lösungsansätze diskutiert sowie Lösungswege aufgezeigt oder Handlungsempfehlungen formuliert werden. Der SHD WäPl diente damit gleichzeitig auch als Plattform zur Kommunikation und Vernetzung aller beteiligten Personen und Institutionen, um das vorhandene Wissen zu teilen und zu verbreiten.

Der Fokus des SHD WäPl lag auf der Unterstützung der Kommunen und der innerhalb der Kommunalverwaltung zuständigen Stellen bei diesem Prozess. Sie sollten die zentralen Profiteure des SHD WäPl sein. Die Vertreterinnen und Vertreter der Landesministerien und Landesenergieagenturen leisteten im Dialog, bedingt durch ihre vermittelnde Verantwortung für die landesrechtliche Umsetzung gegenüber ihren Kommunen, wesentliche Unterstützung. Die Sicherstellung eines kontinuierlich notwendigen Austauschprozesses zwischen Bund, Ländern und Kommunen unterstreicht die gesamtstaatliche Aufgabe der Wärmewende. Zeitgleich zum Dialogprozess haben einige Länder die Wärmeplanung in Landesrecht überführt und ihrerseits Schnittstellen in ihren Zuständigkeitsbereichen identifiziert, etwa bei der Befähigung der Kommunen zum Datenzugriff oder bei Fragen der Raumordnung. Zusätzlich wurden im Rahmen des SHD WäPl auch Verbände sowie Fachexpertinnen und -experten einbezogen, die Fachkenntnisse und Erfahrungen für die Erarbeitung und Umsetzung der spezifischen Themenschwerpunkte einbringen konnten.

Der SHD WäPl bot eine Plattform, um Herausforderungen zu bündeln, Lösungen aufzuzeigen und Hilfestellung bei der Entwicklung von Umsetzungsstrategien zu leisten. Unterschiedliche Akteursgruppen konnten sich im Laufe des Dialogprozesses aktiv einbringen und ihre Perspektiven einfließen lassen.

2 Ausgangsbasis

Als strategisches Fachinstrument bietet der Kommunale Wärmeplan zwar keine Rechtsverbindlichkeit, entfaltet aber unter anderem durch die Verknüpfung mit dem Baugesetzbuch (BauGB) und dem vorgelagerten Planungsrecht eine erhebliche praktische Wirkung.

Die Wärmeplanung kommt jetzt in den Kommunen an, das heißt, die (in der Regel als planungsverantwortlich identifizierten) Städte und Gemeinden müssen nun im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung konkrete Vorgehensweisen zur Erstellung eines Wärmeplans nach den gesetzlichen Vorgaben entwickeln. Die Schaffung einer einheitlichen behördlichen Planungspraxis stellt dabei eine zentrale Herausforderung dar. Sie soll gewährleisten, dass die rechtlichen Vorgaben des WPG sowie des Landesrechts eingehalten werden, und gleichzeitig zu praktikablen und sinnvollen Ergebnissen führen. Die Wärmepläne sollen bei angemessenem Aufwand und unter Berücksichtigung der personellen und finanziellen Restriktionen in den Kommunen eine qualitativ hochwertige Grundlage für die Wärmewende bieten. Die Umsetzung der Wärmeplanung richtet sich nach den spezifischen Gegebenheiten der Kommune. Prozessschritte können flexibel angepasst werden, wenn alternative Vorgehensweisen, wie beispielsweise der Zeitpunkt und die Art der Einbindung benachbarter Gemeinden, effektiver oder effizienter sind. Zielkonflikte, wie zum Beispiel Flächenkonkurrenzen beim Ausbau erneuerbarer Energien, werden systematisch analysiert, um geeignete Lösungsstrategien zu entwickeln.

Stand der Wärmeplanung

Aktuell unterscheiden sich die Fortschritte der Kommunalen Wärmeplanung deutlich nach Gemeindegrößen. In kleinen Kommunen mit weniger als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sind bislang knapp 3 % der Wärmeplanungen abgeschlossen (43 % im Prozess, 54 % unbekannt). In mittelgroßen Kommunen mit 10.000 bis 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern zeigt sich dagegen ein höherer Umsetzungsstand: Hier liegt der Anteil abgeschlossener Wärmeplanungen bereits bei 14 % (67 % im Prozess, 19 % unbekannt). Am weitesten fortgeschritten sind die großen Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, von denen bereits 25 % eine Wärmeplanung abgeschlossen haben (75 % im Prozess) (vgl. Arnold-Drmic/Thiele 2025).

Kleine Kommunen – größere Herausforderung

Für kleine Kommunen kann die Wärmeplanung eine organisatorische und personelle Herausforderung darstellen. Gleichzeitig ist eine frühzeitige Wärmeplanung zentral, um Planungs- und Investitionsentscheidungen zu steuern. Das WPG sieht für kleine Kommunen ausdrücklich Möglichkeiten für vereinfachte Verfahren vor, etwa durch die sogenannte Eignungsprüfung oder reduzierte Beteiligungsanforderungen. Zusätzlich bietet das Instrument der interkommunalen Wärmeplanung („Konvoi-Lösung“) Potenzial zur Reduktion des Aufwands durch regionale Kooperationen.

Datenlage als zentrales Fundament

Die Qualität und die Verfügbarkeit von Daten sind eine zentrale Voraussetzung für fundierte Wärmepläne. Das WPG benennt in Anlage 1 insgesamt elf Datengruppen, die für die Bestandsanalyse erhoben werden können. Neben Wärmebedarfsdaten und Erzeugungsstrukturen sind auch sozioökonomische und gebäudebezogene Informationen relevant. Die Datenverarbeitung ist in §§ 10–12 WPG geregelt, wobei vor allem bei personenbezogenen Energieverbrauchsdaten besondere datenschutzrechtliche Anforderungen bestehen. Eine besondere Herausforderung stellt in der Praxis die Vorgabe zur Aggregation von Energieverbrauchs- und Schornsteinfegerdaten dar, insbesondere in kleinen Kommunen mit geringen Fallzahlen. Vor diesem Hintergrund hat das KWW die Facharbeitsgruppe Aggregation (FAGA) initiiert, die eine einheitliche, datenschutzkonforme Methodik zur Verarbeitung der Daten entwickeln soll. Sofern abgestimmte Aussagen der FAGA zum Zeitpunkt der Diskussion im Rahmen des SHD WäPl vorlagen, wurden sie eingebracht.

Schnittstellen von Kommunalen Wärmeplanung und Stadtentwicklung, Bauleitplanung und Raumordnung

Die Wärmeplanung stellt neue Anforderungen bei der Bewertung der Flächennutzungsplanung und im Umgang mit Flächennutzungskonkurrenzen. Eine stärkere Verzahnung mit bestehenden Instrumenten der Stadt- und Regionalentwicklung ist wesentlich. Der Wärmeplan kann als strategischer Baustein in integrierte Stadtentwicklungskonzepte eingebunden werden und dazu beitragen, Klimaschutz sowie Energieinfrastruktur- und Flächennutzungsplanung enger zu verzahnen. Das novellierte BauGB schreibt vor, dass Darstellungen des

Wärmeplans als Abwägungsbelang in der Bauleitplanung zu berücksichtigen sind (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 lit. g BauGB). Auch auf Ebene der Bebauungsplanung (§ 9 BauGB) können Inhalte des Wärmeplans verbindlich festgesetzt werden, zum Beispiel zur Nutzung erneuerbarer Wärmequellen. Die Relevanz der Wärmeplanung steigt damit auch für die planerische Umsetzung auf Quartiersebene. In der Praxis bestehen jedoch vielerorts noch Nachholbedarfe in Bezug auf eine standardisierte Integration in bestehende Planungsprozesse.

Schnittstellen von Kommunalen Wärmeplanung und Energieinfrastrukturplanung

Ein Ziel des WPG ist es, mit der Wärmeplanung die Planung der leitungsgebundenen Energieinfrastrukturen (Strom, Gas, Wärme und künftig Wasserstoff) stärker zu koordinieren. Netzbetreiber sind verpflichtet, ihre Netzausbauplanungen den planungsverantwortlichen Stellen zur Verfügung zu stellen (§ 8 WPG) und die Ergebnisse der Wärmeplanung ihrerseits zu berücksichtigen. Gleichzeitig sollen Kommunen die bestehenden und geplanten Energieinfrastrukturen bei der Entwicklung der Wärmepläne einbeziehen. In der Praxis bestehen hier noch Koordinationsdefizite. Während Stromnetzbetreiber durch gesetzliche Regelungen zur Veröffentlichung der Netzentwicklungsplanung (NAP) verpflichtet sind (§ 14d Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)), existieren für Gas- und Wärmenetze bislang kaum vergleichbare Vorgaben. Das erschwert eine abgestimmte Planung. Zudem kann die zunehmende Elektrifizierung des Wärmesektors (z.B. durch Wärmepumpen) zu hohen Anforderungen an die Stromverteilnetze führen. Diese Transformation trifft auf regional sehr heterogene Versorgungsstrukturen und eine Vielzahl von Akteuren, was die Koordination zusätzlich erschwert.

3 Ablauf des Stakeholder-Dialogs Wärmeplanung

Der Gesamtprozess des SHD WäPl hat sich über einen Zeitraum von etwa einem Jahr erstreckt – von der Auftaktveranstaltung am 1. Juli 2024 bis zur Abschlussveranstaltung am 11. Juni 2025. Im Anschluss wurden der Dialogprozess und die darin erarbeiteten Inhalte systematisch aufbereitet und dokumentiert (siehe Abbildung 1).

Dem Dialogprozess voran ging eine Vorbereitungsphase. Darin wurden die eingangs benannten vier Themenschwerpunkte durch die auftraggebenden Ministerien und unter Beteiligung der dena, des KWW und des BBSR aufgrund ihrer Relevanz ausgewählt und abgestimmt. Anschließend erarbeitete die dena unter Einbindung des BBSR darauf aufbauend eine Zusammenfassung der spezifischen Rahmenbedingungen und Leitfragen. Zur Vorbereitung der inhaltlichen Vertiefung in den Arbeitsgruppen wurden für jeden Themenschwerpunkt Impulspapiere durch die dena und das BBSR formuliert. Sie geben einen Überblick über fachliche Hintergründe und einen fundierten Einblick in aktuelle Planungsstände.

Die zentralen Ergebnisse und Kernaussagen der vier Arbeitsgruppen, die zu den vorstrukturierten Themenschwerpunkten erarbeitet wurden, wurden in einem Ergebnispapier zusammengeführt, das auf der Abschlussveranstaltung mit den auftraggebenden Ministerien (BMWSB und BMWF) präsentiert wurde (vgl. Koch et al. 2025). Es spiegelt die Diskussion und die daraus abgeleiteten wesentlichen Impulse und Empfehlungen seitens der Stakeholder zu den einzelnen Themenschwerpunkten wider. Die zusammengefassten Ergebnisse und Kernaussagen haben für die beteiligten Ministerien empfehlenden Charakter; sie machen sich diese nicht zu eigen.

Insgesamt umfasste der SHD WäPl innerhalb des genannten Zeitraums fünf Veranstaltungen. Die Auftakt- und die Abschlussveranstaltung haben auf Ministerienebene stattgefunden und neben Vertreterinnen und Vertretern aus den Kommunen haben Delegierte aus Ländern und Verbänden teilgenommen (siehe Abbildung 1). Beide Veranstaltungen waren presseöffentlich und entsprechend waren Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Nachrichtenagenturen vor Ort.

Darüber hinaus wurden drei Fachworkshops durchgeführt, die sich primär an Vertreterinnen und Vertreter aus der kommunalen Praxis richteten und die dem Dialog und Wissenstransfer zwischen den Beteiligten in den Arbeitsgruppen dienten. Neben Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunen waren fortlaufend auch solche aus den Ländern und Verbänden sowie Expertinnen und Experten aus beratend tätigen Institutionen wie Landesenergieagenturen anwesend. Neben den Diskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Ländern, von Fachverbänden, aus der Wohnungswirtschaft, aus den einladenden Ministerien sowie von weiteren Institutionen wurden die Veranstaltungen durch Impulse und Einblicke in die Praxis aus kommunaler Perspektive ergänzt.

Parallel zu den offiziellen Veranstaltungen im Rahmen des SHD WäPl wurden die dort diskutierten Themen im Themenschwerpunkt „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Energieinfrastrukturplanung“ in die Jahreskonferenz des KWW am 19. September 2024 in Halle (Saale) eingebunden. Im Format „KWW-Spezial – Umsetzung einer abgestimmten Energieinfrastrukturplanung“ haben die Vertreterinnen und Vertreter der dena, die die zum Themenschwerpunkt äquivalente Arbeitsgruppe geleitet haben, eine Session organisiert.

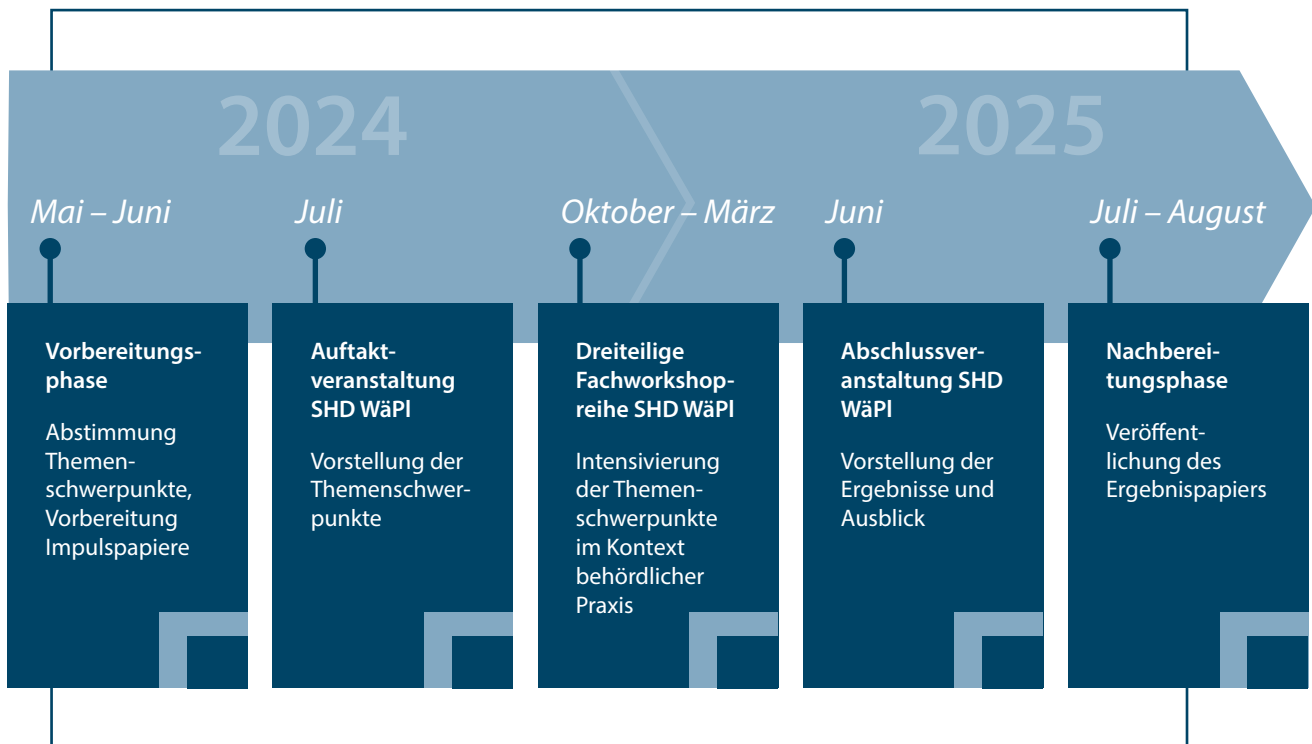


Abbildung 1: Inhaltlicher Ablauf des Stakeholder-Dialog Wärmeplanung (SHD WäPI). Quelle: dena

Gemeinsam mit einem Vertreter der DEW21 aus Dortmund wurde der Abgleich von Infrastrukturplanungen zwischen der planungsverantwortlichen Stelle und den jeweiligen Netzbetreibern in der Praxis diskutiert. Anschließend konnten die Inhalte in die Arbeitsgruppe eingebracht werden. Weiterhin verdeutlicht die projektübergreifende Diskussion von Fachinhalten die Relevanz, die den Themenschwerpunkten in verschiedenen Kontexten beigemessen wird, sowie die Notwendigkeit der Förderung einer integrierten Weiterentwicklung dieser Themen.

Während des gesamten SHD WäPI brachten sich zahlreiche Expertinnen und Experten aus verschiedenen Institutionen, Ländern und Regionen Deutschlands ein. Durch ihre fachlichen Beiträge und Impulse sowie die Arbeit in den Arbeitsgruppen zu den vier Themenschwerpunkten konnten diese kontinuierlich weiterentwickelt werden. Dabei wurden ebenfalls konsensual Informations- und Unterstützungsbedarfe für das Gelingen der Gestaltung und Umsetzung der Wärmeplanung auf der kommunalen Ebene identifiziert.

3.1 Themenfindung

Die inhaltliche Ausrichtung und die Identifikation der vier Themenschwerpunkte des SHD WäPl orientierte sich eng an den Anforderungen und Herausforderungen, die sich aus dem WPG ergeben, sowie an der Vielfalt der beteiligten Akteure und den praktischen Herausforderungen in der kommunalen Umsetzung. In Vorbereitung auf den Dialogprozess und die vertiefte Arbeit im Rahmen der dreiteiligen Fachworkshopreihe wurden die vier Themenschwerpunkte „Daten“, „Kleine Kommunen“, „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Stadtentwicklung, Bauleitplanung und Raumordnung“ sowie „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Energieinfrastrukturplanung“ in Abstimmung der auftraggebenden Ministerien unter Beteiligung des BBSR und der dena identifiziert. Die finale Abstimmung der Themenschwerpunkte erfolgte durch die beiden auftraggebenden Ministerien.

Als zentrale Akteure der Umsetzung der Wärmeplanung stehen Kommunen in der Verantwortung, Wärmepläne für ihr jeweiliges Gemeindegebiet zu erstellen, darin Maßnahmen zu formulieren und diese perspektivisch in die Praxis umzusetzen. Die Komplexität dieses Prozesses sowie die technischen, planungsrechtlichen, sozialen und politischen Fragestellungen und Anforderungen, die damit einhergehen – etwa die Erhebung von Gebäude- und Wärmeverbrauchs- oder -bedarfsdaten und von Netzinfrastukturdaten, die Transformation bestehender Wärmenetze, der Aus- und Neubau weiterer Netzinfrastrukturen, die rechtssichere Verankerung im Raumordnungs- und Bauplanungsrecht, die sozialverträgliche Ausgestaltung verschiedener Maßnahmen, die Koordination unterschiedlicher politischer Interessen sowie die Finanzierung –, erfordern die frühzeitige Einbindung von und den Austausch zwischen Beteiligten und Institutionen.

Im Rahmen der Themenfindung wurden daher insbesondere Aspekte identifiziert und priorisiert, die aus den Regelungen der bereits in Kraft getretenen oder sich in Aufstellung befindenden Landesgesetze hervorgehen. Zusätzlich wurden Aspekte berücksichtigt, die sich in der Praxis als herausfordernd darstellen und eine hohe Priorität aufweisen. Sie wurden durch einen Austausch zwischen Vertreterinnen und Vertretern aus der kommunalen Praxis und der dena herausgearbeitet.

Die Identifikation des Themenschwerpunkts „Daten“ basierte auf der Grundlage, dass eine fundierte Wärmeplanung nicht ohne belastbare Daten erfolgen kann, die Daten-Governance komplex ist und die Datenqualität sowohl die Wärmeplanung und ihre kommunenübergreifende Vergleichbarkeit als auch die langfristige Planungssicherheit beeinflusst. Der Themenschwerpunkt „Kleine Kommunen“ lässt sich dadurch begründen, dass diese mit besonderen strukturellen Herausforderungen wie geringeren fachlichen, personellen und finanziellen Ressourcen konfrontiert sind. Dies wirkt sich auf die Erarbeitung von Wärmeplänen aus und erfordert spezifische Informations- und Unterstützungsangebote sowie besondere interkommunale Ansätze. Dem Themenschwerpunkt „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Stadtentwicklung, Bauleitplanung und Raumordnung“ kommt sowohl bei der Erstellung von Kommunalen Wärmeplänen als auch bei ihrer perspektivischen Umsetzung in die Praxis eine zentrale Bedeutung zu. Während die Verteilung verschiedener Nutzungen Einfluss auf den Wärmebedarf und mögliche Versorgungsoptionen nimmt, können Vorgaben zur Energieversorgung über das Städtebaurecht eine Rechtsverbindlichkeit erlangen. Dadurch, dass die Umsetzung von Inhalten aus Wärmeplänen Flächen in Anspruch nehmen wird, ist die frühzeitige Koordinierung der Wärmeplanung mit Stadtentwicklungsbelangen erforderlich, um

Zielkonflikte hinsichtlich der Entwicklung und Nutzung von Flächen zu reduzieren. Der Themenschwerpunkt „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Energieinfrastrukturplanung“ lässt sich darauf zurückführen, dass die Umsetzungsmöglichkeiten der Transformation der Wärmeversorgung mit bestehenden und perspektivischen Infrastrukturentwicklungen zusammenhängen. Dies erfordert eine Koordinierung der verschiedenen Energieinfrastrukturplanungen sowie unterschiedlicher Akteure und Zeitschienen.

Alle Themenschwerpunkte spiegeln die Handlungsfelder wider, die nicht nur für die Umsetzung von Inhalten aus Wärmeplänen, sondern ebenfalls für die Entwicklung einer interdisziplinär abgestimmten Planungskultur von Bedeutung sind. Ziel der Themenfindung war es, einen integrierten und strukturierten Dialog über bestehende Herausforderungen zu ermöglichen, praktische Bedarfe sichtbar zu machen und gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln, die sowohl technische, verwaltungsbezogene und rechtliche als auch organisatorische Fragestellungen berücksichtigen.

Während der dreiteiligen Fachworkshopreihe wurden die vier Schwerpunkte in themenspezifischen Arbeitsgruppen vertieft behandelt.

Die Arbeitsgruppen wurden betreut durch Beschäftigte der dena und des KWW sowie des BBSR. Während die Arbeitsgruppen „Daten“ und „Kleine Kommunen“ durch Beschäftigte des KWW betreut wurden, haben die des BBSR die Arbeitsgruppe „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Stadtentwicklung, Bauleitplanung und Raumordnung“ fachlich geleitet. Die Arbeitsgruppe „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und

Energieinfrastrukturplanung“ wurde betreut durch Beschäftigte der dena. In den Arbeitsgruppen stand die fachliche und inhaltliche Weiterentwicklung der Themenschwerpunkte im Vordergrund, um praxisnahe Empfehlungen und Kernaussagen für die weitere Ausgestaltung der Wärmeplanung auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene ableiten zu können.

3.2 Akteure

Die Fachworkshops waren ursprünglich jeweils auf etwa 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgelegt, für die Auftakt- und Abschlussveranstaltung waren 120 vorgesehen. Während an der Auftakt- und Abschlussveranstaltung durchschnittlich mehr als 110 Personen teilgenommen haben, waren es bei allen drei Fachveranstaltungen über 90 Personen. Die kontinuierliche Überschreitung der ursprünglich geplanten Zahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern verdeutlicht den starken Zulauf, den die Veranstaltungsreihe hervorgerufen hat.

Die Auswahl und die Ansprache der Beteiligten am SHD WäPl orientierte sich eng an der Umsetzung des WPG. Ziel war es, die im Gesetz verankerten Anforderungen und Vorgaben aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten und zu diskutieren, unterschiedliche Zeitschienen zu berücksichtigen und darauf aufbauend gemeinsam praxisorientierte Lösungen zu erarbeiten. Da die Wärmeplanung deutschlandweit eine Vielzahl an Akteuren und Planungsebenen betrifft, wurden Vertreterinnen und Vertreter aus dem ganzen Bundesgebiet zu den Veranstaltungen nach Berlin eingeladen. Die Beteiligten lassen sich dabei im Wesentlichen vier Gruppen zuordnen (siehe Abbildung 2).



Abbildung 2: Akteure im Stakeholder-Dialog Wärmeplanung (SHD WäPI). Quelle: dena

Sie wurden jeweils auf zwei Hierarchieebenen involviert: Durch die Kombination von hochrangigen politischen Unterstützerinnen und Unterstützern sowie Fachexpertinnen und -experten auf Arbeits- und Umsetzungsebene konnten die Stärken und Kompetenzen aller Beteiligten zusammengeführt werden. Die Ansprache erfolgte auf Grundlage von im Vorfeld durchgeführten Einzelgesprächen mit kommunalen Vertreterinnen und Vertretern, Schlüsselpersonen aus zentralen

Fach- und Spitzenverbänden, Expertinnen und Experten aus beratend tätigen Institutionen sowie Ansprechpersonen aus den Ländervertretungen. Im Zentrum stand dabei das Anliegen, die verschiedenen Perspektiven, Herausforderungen und Bedarfe der Stakeholder besser zu verstehen, um sie aktiv in den Dialogprozess einzubinden. Durch die direkte Ansprache wurde sichergestellt, dass die Workshops mit relevanten Akteuren aus Planung, Praxis, Politik und Verbänden besetzt waren.

Gruppe 1: Ausgewählte Kommunen

Ziel war die Akquise von ca. 30 Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunen, die aktiv und kontinuierlich an den Dialogveranstaltungen teilnehmen. Die Auswahl wurde so gestaltet, dass eine Teilnahme von Kommunen aus dem gesamten Bundesgebiet sichergestellt werden konnte und gleichzeitig kleine und große Kommunen an der Diskussion beteiligt waren.

Für die Auftakt- und die Abschlussveranstaltung wurde die Ebene der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister angesprochen, um eine Unterstützung der jeweiligen Kommune auf der höchsten Ebene sicherzustellen.

Für die Teilnahme an der Workshopreihe wurden die jeweiligen Verantwortlichen bzw. Projektleitungen der planungsverantwortlichen Stellen aus den kommunalen Verwaltungen eingeladen.

Gruppe 2: Länderververtretungen

Aus der Akteursgruppe der Länderververtretungen wurden für die Auftakt- und die Abschlussveranstaltung Vertreterinnen und Vertreter der Landesministerien auf Abteilungsleitungsebene angesprochen, die für Raumordnung, Stadtplanung und energiepolitische Themen zuständig sind. Für die Teilnahme an den Fachworkshops wurden Beschäftigte auf der Arbeitsebene eingeladen, konkret die Leitungen der zuständigen Fachreferate sowie Referentinnen und Referenten. Ebenfalls eingeladen wurden Vertreterinnen und Vertreter aus Landesenergieagenturen.

Gruppe 3: Verbände

Die Akteursgruppe der Verbände setzte sich aus Vertretungen der kommunalen Spitzenverbände zusammen, die die Gesamtheit der deutschen Kommunen repräsentieren, sowie aus Repräsentantinnen und Repräsentanten relevanter Verbände der Energie- und Versorgungswirtschaft und der Immobilienwirtschaft. Dabei wurden unter anderem angesprochen:

- Vertretung Kommunen und Landkreise: Deutscher Städtetag (DST), Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB), Deutscher Landkreistag e. V.
- Vertretung Versorgungsunternehmen/Energiewirtschaft: Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU), Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW), Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e. V. (AGFW)
- Vertretung Immobilienwirtschaft: Zentraler Immobilien Ausschuss e. V. (ZIA), GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V., Haus & Grund (H&G)

Aufgrund ihrer repräsentativen Funktion kommt den Vertretungen der Verbände eine herausgehobene Rolle im SHD WäPl zu. Entsprechend wurde ihrer aktiven Teilnahme sowohl an der Auftakt- und der Abschlussveranstaltung als auch an den drei Fachworkshops eine hohe Priorität eingeräumt. Die Auswahl der Verbände orientierte sich unter anderem daran, ob in den jeweiligen Organisationen einschlägige Fachgremien bestehen und ob Sprecherinnen und Sprecher benannt werden konnten, die substanzielle inhaltliche Beiträge zu den im SHD WäPl diskutierten Themen leisten können. Für die Auftakt- und die Abschlussveranstaltung wurden jeweils hochrangige Vertreterinnen und Vertreter angesprochen, während für die

Workshopreihe gezielt Fachexpertinnen und -experten mit Fachwissen zu den entsprechenden Themenschwerpunkten einbezogen wurden. Über den gesamten Projektverlauf hinweg wurde Wert auf personelle Kontinuität gelegt, um zentrale Themen und Fragestellungen fortlaufend diskutieren und weiterentwickeln zu können.

Gruppe 4: Verbände und weitere Fachexpertisen

Als letzte Akteursgruppe wurden Expertinnen und Experten weiterer Verbände der Energie- und Immobilienwirtschaft sowie von beratenden Institutionen angesprochen, die fachliche Bezüge zu den im SHD WäPl behandelten Themen aufweisen und praxisbezogene, wissenschaftlich fundierte und innovative Perspektiven einbringen konnten. Ihre Teilnahme war besonders für die Arbeitssitzungen im Rahmen der Workshopreihe relevant, in die sie themenspezifisch eingebunden wurden.

Durch die gezielte und differenzierte Auswahl der Stakeholder konnte eine breite, perspektivenreiche und interdisziplinäre Betrachtung der Anforderungen und Umsetzungsfragen sichergestellt werden – sowohl auf strategisch-politischer als auch auf fachlich-operativer Ebene.¹

3.3 Formate

Der SHD WäPl hat sich in drei aufeinander aufbauende Formatstränge gegliedert, die jeweils spezifische Zielsetzungen verfolgt haben:

- Großveranstaltungen (Auftakt- und Abschlussveranstaltung)
- Eine dreiteilige Workshopreihe zur fachlichen Vertiefung in den Arbeitsgruppen zu den Themenschwerpunkten

Die Einladung aller Beteiligten zu den Dialogformaten erfolgte im Namen des BMWSB und des BMWK (heute: BMWF) und wurde durch die dena durchgeführt. Die inhaltliche Begleitung und Betreuung der Arbeitsgruppen erfolgte durch die dena und das KWW sowie durch das BBSR.

Auftaktveranstaltung

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung, die am 1. Juli 2024 am EUREF-Campus in Berlin stattfand, wurde der startende Dialogprozess vorgestellt und es wurden Erwartungen und Ziele für den Austausch in der folgenden Veranstaltungsreihe thematisiert. Gleichzeitig sollte der Auftakt den Beteiligten Raum für Vernetzung untereinander geben. Im Fokus der Veranstaltung standen Fragen zum WPG, die Einordnung der Wärmeplanung als elementarer Bestandteil einer nachhaltigen Stadtentwicklung sowie die Bedeutung der Wärmeplanung aus der energiepolitischen Sicht. Darüber hinaus wurde diskutiert, was die Stakeholder sich von dem WPG perspektivisch erhoffen, inwiefern seine Inhalte in ihren entsprechenden Institutionen bearbeitet werden und welche Hilfestellungen vonseiten der Ministerien als notwendig für die Umsetzung des Prozesses der Wärmeplanung erachtet werden. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Länder, Kommunen und Verbände wurden Erfahrungen mit der Wärmeplanung sowie damit einhergehende Herausforderungen diskutiert. Weiterhin wurde ein Überblick über die Umsetzung des WPG in Landesrecht sowie die Umsetzung der Wärmeplanung auf der kommunalen Ebene gegeben. Abschließend wurde die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Kommunen im Rahmen der Umsetzung der Wärmeplanung thematisiert.

¹ Eine vollständige Liste der teilnehmenden Institutionen wurde mit dem Ergebnispapier des Stakeholder-Dialogs Wärmeplanung veröffentlicht und kann darüber eingesehen werden.

Die Beteiligung der damaligen Bundesbauministerin Klara Geywitz (BMWSB) und des damaligen Bundeswirtschaftsministers Dr. Robert Habeck (damals: BMWK), hochrangiger Vertreterinnen und Vertreter der Verbände, Kommunen und Länder sowie von Fachexpertinnen und -experten sollte die zentrale Bedeutung für alle in die Wärmeplanung Involvierten unterstreichen.

Die ehemalige Bundesbauministerin Klara Geywitz betonte die zentrale Rolle der Wärmeplanung als integraler Bestandteil einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck unterstrich besonders ihre energiepolitische Relevanz. Anschließend stellte Corinna Enders, Vorsitzende der Geschäftsführung der dena, den geplanten Ablauf des Dialogprozesses vor.

Robert Brückmann, Leiter des KWW, lieferte einen fachlichen Impuls zum Stand der Umsetzung des WPG in Landesrecht sowie zum Status quo der Wärmeplanung in den Kommunen. Ergänzend referierte Dr. Robert Kaltenbrunner aus dem BBSR zu Perspektiven der Raumordnung im Zusammenhang mit der Wärmewende.

Ein weiterer Veranstaltungspunkt war die Vorstellung des von einem Konsortium mehrerer Institutionen unter Federführung des ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg erarbeiteten Leitfadens zur Wärmeplanung. Dieser soll künftig als praxisnahe Orientierungshilfe für Kommunen dienen.

In zwei Panel-Diskussionen haben Vertreterinnen und Vertreter aus den Ländern und Kommunen sowie aus der Privatwirtschaft Einblicke in die Themen „Wärmeplanung als gemeinsame Herausforderung für Länder und Kommunen“ und „Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Kommunen“ gegeben.

Dreiteilige Fachworkshopreihe

Die Fachworkshopreihe wurde als ein Verdichtungsprozess konzipiert: von der Identifikation von Herausforderungen über ihre Analyse hin zur Entwicklung von Lösungsansätzen und letztendlich zur Formulierung konkreter Handlungsempfehlungen (siehe Abbildung 3). Die Grundlage für die Konzeption der dreiteiligen Fachworkshopreihe stellte die Erarbeitung eines inhaltlichen Gesamtkonzepts durch die dena, das KWW und das BBSR in Abstimmung mit den beteiligten Ministerien dar. Darin wurde die Auswahl sowohl der verschiedenen Akteure als auch der inhaltlichen Schwerpunkte begründet und die inhaltlichen Ziele der einzelnen Fachworkshops wurden aufgezeigt.

Die dreiteilige Workshopreihe diente dem kontinuierlichen fachlichen Austausch in den Arbeitsgruppen zu den zuvor definierten Themenschwerpunkten sowie ihrer strategischen und inhaltlichen Weiterentwicklung. In Vorbereitung auf den ersten Fachworkshop wurden Impulspapiere als inhaltliche Grundlage für jeden Themenschwerpunkt verfasst. In den vier parallel arbeitenden Arbeitsgruppen wurden sie intensiv bearbeitet, um zentrale Handlungsfelder und Herausforderungen zu identifizieren sowie praxisorientierte Ansätze für eine weitere Umsetzung zu entwickeln.

Im Anschluss an den ersten Fachworkshop wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine abgestimmte Veranstaltungszusammenfassung zur Verfügung gestellt. Sie diente wiederum als Vorbereitung für den zweiten Fachworkshop. Im dritten Fachworkshop wurde direkt an den Diskussionsstand des zweiten Workshops angeknüpft. Die Inhalte, die mit Ende des dritten Workshops in den Arbeitsgruppen vorlagen, bildeten die Grundlage für die Erarbeitung des Ergebnispapiers.



Abbildung 3: Ablauf der dreiteiligen Workshopreihe. Quelle: dena

Damit bildeten die Fachworkshops das fachliche Rückgrat des SHD WäPl sowie die inhaltliche Basis für das Ergebnispapier, das sowohl die zentralen Erkenntnisse des Prozesses bündelt als auch als strategische Orientierung für die Weiterentwicklung der Wärmeplanung dient. Die Konzeption der Workshopreihe erfolgte unter der Annahme, dass tragfähige Lösungsansätze ausschließlich durch eine Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Kommunen, Verbänden und weiteren an der Wärmeplanung beteiligten Akteuren erarbeitet werden können. Eine besondere Rolle kommt jedoch der kommunalen Ebene als umsetzender Instanz zu, da davon ausgegangen wurde, dass Lösungsansätze, Wis-

sen und Initiativen auf der lokalen Ebene entstehen und von Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen sowie lokaler Institutionen getragen werden.

Auf Grundlage der diskutierten Inhalte und Ergebnisse der einzelnen Fachworkshops haben die Leitungen der einzelnen Arbeitsgruppen zwischen den Veranstaltungen mit der Erarbeitung von vorbereitenden Papieren begonnen, die die Ergebnisse der Diskussionen abbildeten und den jeweils kommenden Workshop vorbereiteten. Die Inhalte wurden während der Workshops mit den Beteiligten der Arbeitsgruppen diskutiert und flossen gebündelt in das Ergebnispapier ein.

Fachworkshop I

Im Rahmen des ersten Fachworkshops am 17. Oktober 2024 in Berlin haben ca. 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer fachliche Grundlagen in den vier Arbeitsgruppen der jeweiligen Themenschwerpunkte erörtert sowie Zielkonflikte und Herausforderungen und ihre Folgen für die Erstellung eines Wärmeplans identifiziert. Die dort vertretenen Expertinnen und Experten diskutierten Grundlagen für eine einheitliche, praxisorientierte Vorgehensweise für die Wärmeplanung, die Kommunen eine langfristige und prozessbegleitende Unterstützungshilfe bei der Erstellung ihrer Wärmepläne bieten. Neben dem Erfahrungsaustausch und der Identifikation von Zielkonflikten erfolgte abschließend die Priorisierung konkreter Herausforderungen in den jeweiligen Themenschwerpunkten für eine vertiefende Diskussion in den nachfolgenden Workshops. Darüber hinaus hat eine erste Identifikation von Schnittstellen zwischen den einzelnen Themenfeldern stattgefunden.

Die Veranstaltung war so strukturiert, dass den Arbeitsgruppen im Vorfeld die Impulspapiere zur Verfügung gestellt wurden. Darauf aufbauend wurden in den Arbeitsgruppen zunächst Grundlagen zu den jeweiligen Themenschwerpunkten erarbeitet und diskutiert. Anschließend wurden als relevant erachtete Themen eingeordnet, geclustert und abschließend im Plenum vorgestellt.

Im Verlauf der Diskussion in der Arbeitsgruppe „Daten“ wurden die Harmonisierung der Datenqualität auf Bundesebene, die Optimierung datenbezogener Prozesse, die systematische Einbindung von Stromdaten in die Wärmeplanung, die einheitliche Klärung einer angemessenen Detaillierungstiefe von Wärmeplänen sowie eine deutschlandweite Standardisierung der Datenerhebung auf Basis bereits abgeschlossener Wärmeplanungen als zentrale Handlungsbedarfe identifiziert.

In der Arbeitsgruppe „Kleine Kommunen“ wurden Rahmenbedingungen und Umsetzungs Herausforderungen bei der Wärmeplanung aus Sicht kleiner und mittlerer Kommunen identifiziert. Dabei wurden insbesondere Fragestellungen zum rechtlichen Rahmen, Herausforderungen im Zusammenhang mit finanziellen und personellen Ressourcen, die Rolle der Energieversorgungsunternehmen und der Netzinfrastruktur sowie die Rolle und Einbindung der Landkreise diskutiert. Weitere Themenschwerpunkte stellten das Fehlen von Landesbürgschaften sowie Unsicherheiten bei den Eignungsprüfungen und der Datenbeschaffung dar.

Die Arbeitsgruppe „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Stadtentwicklung, Bauleitplanung und Raumordnung“ hat ihre inhaltliche Diskussion entlang der vier Themenbereiche Flächenbedarfe, Instrumente der Stadtentwicklung und gesetzlicher Rahmen, Kommunikation und Beteiligung sowie (sozio-) ökonomische Auswirkungen strukturiert. Für eine fundierte Einordnung der verschiedenen Themen dienten die Impulsvorträge von Prof. Dr.-Ing. Stephan Mitschang (Institutsdirektor, Institut für Städtebau Berlin) und Dr. Ralf Schüle (Projektleiter, BBSR) im ersten Fachworkshop.

Im Themenschwerpunkt „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Energieinfrastrukturplanung“ erfolgte die fachliche Diskussion ebenfalls entlang festgelegter Themenbereiche. In diesem Zusammenhang bildeten die Themen Sektorenkopplung, unterschiedliche Planungsprozesse, verschiedene Akteure und Akteursbeteiligung sowie Fragen zur Umsetzung des Um- und Ausbaus notwendiger Infrastrukturen das inhaltliche Fundament. Ein fachlicher Impuls wurde durch Frau Burchartz (Thüga, Leiterin Büro Berlin) beigesteuert.

Fachworkshop II

Der zweite Fachworkshop fand am 15. Januar 2025 in der Fabrik23 in Berlin statt. Die Inputs von Denise Nieland (Fachbereich Verkehr und Grünflächen – Klimaschutzmanagement, Stadtverwaltung Meckenheim) und Georg Pins (Abteilungsleiter Klimaschutz, Fachbereich Klima, Natur, Umwelt, Stadt Mannheim) als Vertreterin bzw. Vertreter der kommunalen Praxis dienten als Praxisimpulse zur Weiterentwicklung der Inhalte, die im ersten Fachworkshop erarbeitet worden waren. In den Arbeitsgruppen wurde an die Diskussion des ersten Fachworkshops angeknüpft, um die Themen strukturiert und systematisch weiterzuentwickeln. Die im ersten Workshop identifizierten Herausforderungen und Zielkonflikte wurden erneut auf den Prüfstand gestellt und darauf aufbauend Lösungsansätze von den Beteiligten erarbeitet und anschließend bewertet.

Um die Notwendigkeit einer integrierten, auch sektorübergreifenden Verzahnung zentraler Handlungsfelder zu unterstreichen, fand ergänzend ein vertiefter Austausch zwischen den Arbeitsgruppen der Themenfelder „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Stadtentwicklung, Bauleitplanung und Raumordnung“ und „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Energieinfrastrukturplanung“ statt, um vorhandene Schnittstellen und Synergien zu identifizieren.

Abschließend wurden relevante Aspekte und Ergebnisse der Workshops durch die jeweiligen Arbeitsgruppenleitungen im Plenum vorgestellt.

Fachworkshop III

Der dritte Fachworkshop fand am 19. März 2025 in der Fabrik23 statt. Dabei haben zunächst Peter Bielenberg (Projektmanager, WIMeG Wärmeinfrastruktur Meldorf GmbH & Co. KG) und Heiko Kaaden (Geschäftsführer der Stadtentwicklungsgesell-

schaft Bitterfeld-Wolfen), fachliche Impulsvorträge gehalten, in denen Einblicke in die Praxis der Planung und Umsetzung von Großspeichern für Wärmenetze gegeben sowie Chancen und Herausforderungen der Wärmeplanung im Konvoi vorgestellt wurden. Anschließend wurde das letzte Mal in den Arbeitsgruppen zu den Themenschwerpunkten gearbeitet.

Aufbauend auf den Lösungsansätzen, die im zweiten Fachworkshop in den Gruppen erarbeitet worden waren, verfolgte der dritte Workshop das Ziel, sie zu priorisieren, zu kategorisieren und abschließend mit spezifischen Handlungsempfehlungen zu hinterlegen. Letztlich wurden die zuvor erarbeiteten Lösungsansätze final in den jeweiligen Arbeitsgruppen priorisiert und diskutiert, mit konkreten Empfehlungen für die Politik sowie Vertreterinnen und Vertretern aus der Praxis verknüpft und im Plenum vorgestellt. Die Methode der Priorisierung war dabei den einzelnen Gruppen überlassen. In der Gruppe „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Energieinfrastrukturplanung“ wurden die Lösungen beispielsweise anhand einer Matrix bezüglich ihrer Wirksamkeit und Umsetzbarkeit bewertet.

Ergänzend zu den Arbeitsgruppen wurden in einer gesonderten Themensession Fragen im Zusammenhang mit der Finanzierung der Wärmewende diskutiert. Dieser thematische Fokus wurde bewusst gesetzt, da das Thema Finanzierung veranstaltungs- und arbeitsgruppenübergreifend als zentrales Querschnittsthema identifiziert worden war, das alle im Zusammenhang mit der Wärmewende stehenden Aktivitäten und Prozesse fortlaufend tangiert. Nach fachlichen Impulsen aus dem BMWSB und dem BMWK (heute: BMWF) wurden im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern der Energie- und Finanzwirtschaft sowie der kommunalen Ebene Ansätze zur Umsetzung von Inhalten aus Wärmeplänen in die Praxis diskutiert.

Abschlussveranstaltung

Die Abschlussveranstaltung am 11. Juni 2025 im Spielfeld Digital Hub in Berlin bot einen passenden Rahmen, um zentrale Ergebnisse des einjährigen Dialogprozesses in die neue Legislaturperiode einzubringen. Sie diente dazu, gemeinsam mit den Stakeholdern den einjährigen Prozess kontinuierlicher Diskussion und Arbeit zu resümieren. Die erarbeiteten Kernbotschaften des Stakeholder-Dialogs wurden hierbei vorgestellt.

Nachdem Kristina Haverkamp, Geschäftsführerin der dena, die Stakeholder zum politischen Nachmittag der Veranstaltung begrüßt hatte, haben die Bundesbauministerin Verena Hubertz (BMWSB) und der Staatssekretär Frank Wetzel (BMWE) politische Impulse gegeben.

Im Rahmen des fachlichen Abschlusses des einjährigen Diskussionsprozesses präsentierten Beteiligte der vier Arbeitsgruppen in kurzen Impulsvorträgen die zentralen Inhalte und Ergebnisse, die im Verlauf des gesamten Arbeitsprozesses erarbeitet worden waren. Basierend auf den umfassenden inhaltlichen und strategischen Diskussionen der vorangegangenen Workshops wurden in den vier Arbeitsgruppen Aussagen und Empfehlungen abgeleitet (Kernbotschaften), die auf der Veranstaltung im Plenum vorgestellt und im Ergebnispapier des SHD WäPl exemplarisch dokumentiert wurden. Sie richten den Blick auf den weiteren Ausgestaltungs- und Implementierungsprozess der Kommunalen Wärmeplanung mit dem Ziel, zentrale Handlungsempfehlungen herauszuarbeiten und Rahmenbedingungen für strukturelle und praxisnahe Unterstützungsangebote für Kommunen zu benennen.

In zwei Arbeitsgruppen wurden die Ergebnisse anschließend anhand zusätzlicher Beispiele mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Praxis gemeinsam diskutiert, reflektiert und um perspektivische Handlungserfordernisse für die Umsetzung der Wärmeplanung auf der kommunalen Ebene ergänzt.

Zum Abschluss des Dialogprozesses wurden in einem moderierten Gespräch mit kommunalen Vertreterinnen und Vertretern Einblicke in die Umsetzung der Wärmeplanung in der kommunalen Praxis gewährt. Anschließend haben Vertreterinnen und Vertreter des BMWSB, des BMWE und einer Landesenergieagentur in einer abschließenden Podiumsdiskussion die Bedeutung einer transparenten Kommunikation, realistischer Erwartungshaltungen, wirtschaftlich tragfähiger Lösungsansätze sowie einer frühzeitigen Einbindung der Bevölkerung im Prozess der Wärmewende hervorgehoben.

Seitens der für das WPG verantwortlichen Ressorts im BMWE und im BMWSB wurde allen Stakeholdern für die aktive und kontinuierliche Teilnahme am Prozess sowie das Einbringen ihrer Fachexpertise gedankt. Besonders hervorgehoben wurde der wertvolle Austausch zwischen verschiedenen föderalen Ebenen, Institutionen und Sektoren, der eine umfassende Betrachtung der Wärmewende aus verschiedenen Perspektiven sowie an unterschiedlichen Stellen im Planungs- und Umsetzungsprozesses ermöglicht hat. Daraus konnten weiterhin Schnittstellen und Synergien zwischen verschiedenen Akteuren und Tätigkeitsbereichen identifiziert werden, die perspektivisch als grundlegend für die Gestaltung langfristiger und integrierter Prozesse angesehen werden.

3.4 Synthese der Diskussionen

Die Diskussionen und Ergebnisse der einzelnen Arbeitsgruppen sowie relevante Inhalte aus dem SHD WäPl wurden gebündelt und prozessübergreifend in einem Ergebnispapier dargestellt. Den Ergebnissen wurden Kernbotschaften aus den vier Themenschwerpunkten vorangestellt, die aus den Diskussionen der einzelnen Arbeitsgruppen und den Impulsen der Stakeholder abgeleitet wurden.² Dabei ist zu beachten, dass sie nicht in jedem Fall die offizielle Position aller am Dialog beteiligten Akteure sowie der beiden federführenden Bundesministerien widerspiegeln, die den Prozess initiiert und begleitet haben. Entsprechendes gilt auch für die weiterführenden Aussagen und Empfehlungen, die im Ergebnispapier formuliert sind. Alle Inhalte spiegeln die Ergebnisse umfassender Diskussionsprozesse innerhalb der Arbeitsgruppen wider. Die Vielzahl der diskutierten Themen und die breite Beteiligung unterschiedlichster Akteursgruppen verdeutlichen den fachübergreifenden Charakter der Wärmeplanung und die Komplexität der damit verbundenen Herausforderungen. Die Reihenfolge, in der die Kernbotschaften dargestellt werden, orientiert sich an der Strukturierung der Arbeitsgruppen im Rahmen des Stakeholder-Dialogs und stellt keine inhaltliche Gewichtung oder Priorisierung dar.

Basierend auf den vier Themenschwerpunkten werden im Folgenden die wesentlichen Inhalte, Erkenntnisse und Ergebnisse sowie ihre Bedeutung für die Umsetzung von Maßnahmen aus Wärmeplänen dargestellt.

Themenschwerpunkt „Daten“

Im einjährigen Dialogprozess wurde im Themenfeld „Daten“ deutlich, dass Kommunen bei der Wärmeplanung vor großen Herausforderungen hinsichtlich der Ver-

fügbarkeit und Qualität relevanter Daten stehen. Die Arbeitsgruppe betonte die Notwendigkeit, Entscheidungsträgerinnen und -trägern präzise, aufbereitete und kontinuierlich verfügbare Daten bereitzustellen, um fundierte Grundlagen für die lokale Wärmewende vorhalten zu können. Neben den im WPG geforderten Basisdaten wie Wärmeverbrauch und -bedarf sowie Potenziale erneuerbarer Energien wurden auch sozioökonomische Daten als wichtige Grundlage für eine integrierte und langfristige Wärmeplanung identifiziert.

Nicht im Fokus des SHD WäPl lag die praktische Umsetzung der Vorgaben zur Datenaggregation gemäß § 10 WPG. Dieses Thema wurde durch die Facharbeitsgruppe Aggregation (FAGA), die im Juli 2024 unter Federführung des KWW und im Rahmen der KWW-Aktivitäten gegründet wurde, unter Beteiligung zahlreicher Expertinnen und Experten und Stakeholder bearbeitet. Die FAGA hat Handlungsempfehlungen zur effizienten Datenaggregation entwickelt, die sowohl datenschutzrechtliche als auch fachliche Aspekte berücksichtigen. Diese Empfehlungen wurden als relevante Ergänzung zum Dialogprozess gesehen. Ein weiteres zentrales Thema war der Umgang mit den Ergebnisdaten der Wärmepläne. Parallel zum SHD WäPl befasste sich damit eine Projektgruppe aus dem BMWF, der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH und dem KWW.

Als Resultat ging aus der Diskussion die Notwendigkeit hervor, den Erhebungs- und Verarbeitungsaufwand für Kommunen zu reduzieren sowie durch Standardisierung und gebündelte Datenbereitstellung die Wärmeplanung effizienter, transparenter und einheitlicher zu gestalten.

² Die Abbildung der Inhalte der Diskussionen aus den einzelnen Arbeitsgruppen erfolgte angelehnt an die Inhalte des Diskussionspapiers.

Betont wurde auch die Bedeutung der Digitalisierung in Planungsprozessen und ihre Integration in digitale Verwaltungsabläufe im Sinne des Onlinezugangsgesetzes (OZG).

Insgesamt zeigt sich, dass eine zielgerichtete Datenstrategie und die Harmonisierung von Datenprozessen zentrale Erfolgsfaktoren für die Wärmeplanung darstellen. Die Entwicklung tragfähiger, integrierter Lösungen erfordert eine enge Zusammenarbeit von Verwaltung, Beratung, Forschung und Praxis.

Themenschwerpunkt „Kleine Kommunen“

Die Diskussionen in der Arbeitsgruppe „Kleine Kommunen“ verdeutlichen, dass diese vor spezifischen und oftmals strukturell bedingten Herausforderungen im Rahmen der Wärmeplanung stehen. Besonders Kommunen, in denen weniger als 10.000 Personen gemeldet sind und für die nach § 4 Abs. 2 Satz 1 WPG ein vereinfachtes Verfahren für die Wärmeplanung vorgesehen werden kann, sind häufig mit begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen, eingeschränktem technischen Fachwissen sowie limitierter Vergabeerfahrung konfrontiert. Ebenfalls wurde die starke Heterogenität von Herausforderungen innerhalb dieser Zielgruppe betont, die differenzierte und passgenaue Unterstützungsangebote erfordert. Hier schlägt die Arbeitsgruppe eine gezielte Entwicklung von Unterstützungsangeboten vor, zum Beispiel angelehnt an die Typisierung entlang von Einwohnerzahlen und Urbanitätsgraden.

Zahlen zum Stand der Wärmeplanung haben gezeigt, dass besonders kleine Kommunen noch nicht mit der Erarbeitung von Wärmeplänen oder ihrer Umsetzung begonnen haben. Aus dem Dialogprozess geht weiterhin hervor, dass es an bundesweit

einheitlichen Standards für das vereinfachte Verfahren fehlt, was den kommunenübergreifenden Austausch über Landesgrenzen hinweg erschwert.

Darüber hinaus wurde der Zusammenhang zwischen Wärmeplanung und gesellschaftlicher Akzeptanz intensiv diskutiert. Daraus ging hervor, dass sich Kommunen mit hohen Erwartungen der Bevölkerung konfrontiert sehen, beispielsweise hinsichtlich konkreter Aussagen zu perspektivischen Heiztechnologien, während gleichzeitig Unsicherheiten im Rahmen der öffentlichen Debatte rund um das GEG bestehen.

Abschließend wurde deutlich, dass kleine Kommunen auf praxisnahe und niederschwellige Unterstützungsangebote angewiesen sind, etwa in Form standardisierter Hilfsmittel, personeller und finanzieller Entlastungen sowie eines gemeinsamen Verständnisses der Wärmeplanung als verwaltungsübergreifenden Prozess.

Themenschwerpunkt „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Stadtentwicklung, Bauleitplanung und Raumordnung“

Aus der Diskussion der Arbeitsgruppe „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Stadtentwicklung, Bauleitplanung und Raumordnung“ ging hervor, dass der Kommunale Wärmeplan nicht ausschließlich ein technisches Planungsinstrument darstellt, sondern auch als Bestandteil einer strategischen, langfristigen und integrierten Stadtentwicklung zu verstehen ist.

Als strategisches und Orientierung gebendes Dokument hat er das Potenzial, Investitionsentscheidungen auf der Gebäude- und Infrastrukturebene gezielt mit Fragenstellungen zur Flächensicherung und -nutzung zu verbinden.

Gleichzeitig stehen Kommunen vor der Herausforderung, die Inhalte des Wärmeplans systematisch in bestehende städtebauliche Verfahren einzubinden und zu erörtern, inwiefern städtebaurechtliche Instrumente zur Umsetzung von Inhalten aus Wärmeplänen eingesetzt werden können. Weiterhin wurde die Notwendigkeit eines frühzeitigen Abgleichs der Wärmeplanung mit den Zielen und Plänen der Energie- und Infrastrukturplanung als essenziell für die Gestaltung einer vorausschauenden Stadtentwicklung auf der kommunalen Ebene identifiziert.

Die Umsetzung von Maßnahmen aus einem Kommunalen Wärmeplan, wie die Errichtung von Erzeugungsanlagen oder der Ausbau der Wärmeinfrastruktur, hat direkte Auswirkungen auf das Stadtbild und die gesamträumliche Entwicklung. An dieser Stelle wird die Relevanz einer integrierten Betrachtung der Wärmeplanung und der integrierten Stadtentwicklung deutlich. Um die ganzheitliche Transformation des Wärmesektors mit stadtentwicklungspolitischen Leitbildern zu vereinen, bedarf es einer kohärenten Steuerung auf der kommunalen Ebene. Diese Verantwortung kann insbesondere auf die Stadtplanungsämter übertragen werden, die in Zusammenarbeit mit weiteren Fachämtern, kommunalen Unternehmen, Netzbetreibern und externen Akteuren eine koordinierende und strategische Rolle einnehmen können. Dazu ging aus der Diskussion weiterhin die Relevanz hervor, die Wärmeplanung und die Stadtentwicklung frühestmöglich integriert zu denken, Zuständigkeiten für akteursübergreifende Arbeitsstrukturen zu entwickeln und beide Themen in der Lokalpolitik zu platzieren.

Themenschwerpunkt „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Energieinfrastrukturplanung“

Die Diskussionen in der Arbeitsgruppe zum Themenschwerpunkt „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Energieinfrastrukturplanung“ erfolgten vor dem Hintergrund, dass die Erreichung der Klimaneutralität eine nahezu vollständige Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien und unvermeidbare Abwärme voraussetzt. Diese Transformation erfordert Anpassungen bestehender Strom-, Gas- und Wärmenetze. Gleichzeitig bedarf es der Gewährleistung verlässlicher Perspektiven für den Ausbau und die Transformation von Netzinfrastrukturen für Netzbetreiber sowie für Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer und die Verbraucherschaft.

Während des Dialogprozesses wurde die Wärmeplanung als zentrales Planungsinstrument identifiziert, durch das der Wärmebedarf und die Potenziale erneuerbarer Energien auf der kommunalen Ebene systematisch erfasst werden können. Somit wird weiterhin eine Grundlage für die Koordination von Aus- und Umbauprozessen lokaler Energienetze geschaffen. In diesem Zusammenhang wurde in den Diskussionen betont, dass eine enge Verzahnung mit bestehenden Infrastrukturen und ihren Ausbauplanungen erforderlich ist, um die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung effizient und abgestimmt voranzutreiben.

Vor dem Hintergrund der Regelungen in § 8 WPG, nach denen Betreiber von Energieversorgungsnetzen ihre Planungen über den Aus- oder Umbau von Strom-, Gas- und Wärmenetzinfrastruktur der planungsverantwortlichen Stelle vorlegen müssen, wurde

deutlich, dass eine wechselseitige Koordination der Wärmeplanung mit Transformations-, Netzausbau- und perspektivischen Verteilnetzentwicklungsplänen erforderlich ist. In den Diskussionen wurde jedoch auch ersichtlich, dass unterschiedliche Planungszyklen sowie abweichende räumliche Abdeckungen verschiedener Planungen die Umsetzung erschweren. Daraus resultieren Herausforderungen bei der Übertragung von Ergebnissen zwischen den verschiedenen Planungsebenen. Durch den rechtlich unverbindlichen Charakter der Wärmeplanung können ebenfalls Unsicherheiten bei der Planung von Energieversorgungsnetzen entstehen.

Als Ergebnis der Diskussionen der Arbeitsgruppe geht hervor, dass die Koordination der Wärmeplanung und der Energieinfra-

strukturplanung vorausschauende und abgestimmte Prozesse erfordert, die zu mehr Planungssicherheit beitragen und flexibel auf Veränderungen reagieren können. Kommunen stehen als planungsverantwortliche Stellen dabei vor der Herausforderung, eine federführende Rolle in entsprechenden Prozessen einzunehmen und verlässliche Perspektiven für die Bürgerinnen und Bürger zu kommunizieren.

Gleichzeitig wurde die Wärmeplanung als Chance identifiziert, über die verschiedene Akteursgruppen frühzeitig zusammengebracht werden können, um Transformationsprozesse frühzeitig koordiniert und partizipativ gestalten zu können.

4 Diskussion und Lessons Learned

Abschließend kann mit Blick auf den SHD WäPl herausgestellt werden, dass die gemeinsame Initiative des BMWSB und des BMWF die hohe politische Priorität verdeutlicht, die der Wärmeplanung beigegeben werden sollte. Weiterhin werden die Relevanz einer ressort- und föderal übergreifenden Zusammenarbeit sowie die Notwendigkeit, die damit einhergehenden Prozesse und Herausforderungen integriert und sektorübergreifend zu behandeln, unterstrichen.

Durch das regelmäßige Zusammenkommen von Vertreterinnen und Vertretern aus dem BMWSB, dem BMWF, den Landesministerien, den Kommunen und den Verbänden sowie weiteren Expertinnen und Experten wurde ein Rahmen für die Vernetzung und einen ebenenübergreifenden fachlichen Austausch geschaffen. Die Diskussionen der einzelnen Veranstaltungen haben gezeigt, dass der komplexe Prozess der Wärmeplanung nicht ausschließlich von der Politik gesteuert werden kann, sondern im Bottom-up-Prinzip und im engen Dialog mit den Akteuren gestaltet werden sollte. Dafür braucht es insbesondere Dialog- und Austauschformate sowie Unterstützungsangebote für Kommunen als prozesskoordinierende Akteure. Die fachliche und methodische Begleitung der Dena und die fachliche Unterstützung durch das KWW und das BBSR bildeten die Schnittstelle zwischen den Bundesministerien, den Fachinstitutionen und der kommunalen Praxis.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die gewählten Veranstaltungsformate sowie der Ablauf sich als wirkungsvolle Struktur erwiesen haben, um die komplexe Thematik der Kommunalen Wärmeplanung differenziert, praxisnah und zielgerichtet zu bearbeiten. Die Kombination

aus einem kontinuierlichen, über ein Jahr angelegten Austausch und der fortlaufenden Einbindung von Akteuren der Bundes-, Landes- und kommunalen Ebene, Verbänden und beratenden Institutionen ermöglichte eine vertiefte und themenspezifische Diskussion der Herausforderungen und Potenziale der Wärmeplanung sowie die Formulierung langfristiger Umsetzungsperspektiven in der kommunalen Praxis. Durch die thematische Ausrichtung der drei Fachworkshops auf die vier Themenschwerpunkte „Daten“, „Kleine Kommunen“, „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Stadtentwicklung, Bauleitplanung und Raumordnung“ und „Schnittstellen Kommunale Wärmeplanung und Energieinfrastrukturplanung“ konnten inhaltliche Schwerpunkte systematisch identifiziert, analysiert und weiterentwickelt werden. Die interaktive Arbeitsweise in themenspezifischen Gruppen, ergänzt durch weitere Diskussionsformate, förderte die Identifikation von Zielkonflikten und Synergien und stellte die Grundlage für die Entwicklung praxisnaher Lösungsansätze und strategischer Empfehlungen dar. Dadurch konnten die Perspektiven und Bedarfe insbesondere auf lokaler Ebene sichtbar gemacht und in den weiteren politischen, administrativen und fachlichen Umsetzungsprozess der Wärmeplanung eingebracht werden.

Der SHD WäPl kann insgesamt als erfolgreicher Dialogprozess zu einem der zentralen Themen in der aktuellen Transformationsdebatte, der Wärmewende, eingeordnet werden. Die Diskussionen unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern während der Veranstaltungen haben gezeigt, wie hoch der Handlungs- und der Austauschbedarf in Kommunen, Verbänden und verschiedenen institutionellen Ebenen sind.

Die Kombination von Auftakt- und Abschlussveranstaltung auf Ministerebene und den Führungsebenen von Kommunen, Verbänden und weiteren Institutionen sowie der Durchführung von drei Fachworkshops hat sich als wirkungsvoll erwiesen. Besonders die kontinuierliche Einbindung und aktive Mitarbeit der Beteiligten der vier Arbeitsgruppen zu den Themenschwerpunkten in den Fachworkshops stellte eine zentrale Säule im gesamten Prozess dar. Durch die kontinuierliche Arbeit wurden zentrale Aspekte der einzelnen Themenschwerpunkte intensiv diskutiert und fachlich vertieft und Herausforderungen identifiziert, für die im weiteren Prozess Lösungen und Handlungsempfehlungen skizziert wurden. Darüber hinaus konnten sowohl zwischen den Themenschwerpunkten selbst als auch im Rahmen der Arbeit in der Praxis Schnittstellen und Synergien hergestellt werden. Die verschiedenen Veranstaltungselemente (unter anderem Panel-Diskussionen, Einblicke in die kommunale Praxis, politische und fachliche Impulse) haben die Vielschichtigkeit der Wärmeplanung verdeutlicht und die verschiedenen Perspektiven von Akteuren aus unterschiedlichen Sektoren und Fachbereichen aufgezeigt. Darüber hinaus wurde mit dem SHD WäPl eine Plattform für bundesweite Vernetzung, bilateralen Austausch und die Herstellung von Kontakten auf der Arbeitsebene geschaffen. Mit der Erarbeitung der Kernbotschaften und des Ergebnispapiers wurde ein Dokument erarbeitet, das die Diskussionen abbildet.

Aktivierung von Stakeholdern

Zu Beginn des Prozesses hat die Aktivierung von bundesweiten Stakeholdern aus der kommunalen Praxis eine Herausforderung dargestellt. Knappe personelle und zeitliche Ressourcen insbesondere in den kleineren Kommunen sowie lange Anreisewege nach Berlin erschwerten die Kaltakquise. Dennoch konnte durch eine gezielte Ansprache, die Platzierung relevanter Themen sowie das Inaussichtstellen der Möglichkeit zum Austausch mit mehreren Akteuren der

Wärmeplanung die Beteiligung von Stakeholdern aus verschiedenen Akteursgruppen erreicht werden. Die konstant hohe Teilnahmequote und eine geringe No-Show-Rate sowohl bei der Auftakt- und der Abschlussveranstaltung als auch bei den drei Fachworkshops belegen den wahrgenommenen Mehrwert der Veranstaltungsformate sowie den hohen Diskussions- und Austauschbedarf (siehe Abbildung 4).

Trotz der bundesweiten Beteiligung von Stakeholdern und der damit verbundenen weiten Anreisewege haben je nach Veranstaltung zwischen 75 und 92 % der angemeldeten Personen an den Veranstaltungen vor Ort teilgenommen. Davon ausgenommen sind Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die ausschließlich bei der Auftakt- und der Abschlussveranstaltung anwesend waren. Daraus kann abgeleitet werden, dass der Dialogprozess zur Wärmeplanung für die eingeladenen Akteure eine hohe fachliche und politische Bedeutung hatte. Weiterhin zeichnet sich die Zielgruppe durch eine hohe Verlässlichkeit aus, was als relevanter Faktor bei der Planung und Durchführung perspektivischer Veranstaltungen oder anderweitiger Formate zu berücksichtigen ist.

Die vielfältige Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer hat die Grundlage für einen ebenen- und sektorübergreifenden Austausch geschaffen und erheblich zu den interdisziplinären Diskussionsformaten beigetragen. Der Dialogprozess wurde geprägt durch das kontinuierliche Engagement aller Beteiligten, intensive Diskussionen sowie konstruktive Gespräche und Arbeitsblöcke, die die Basis für die Formulierung der Kernbotschaften des Ergebnispapiers und den Blick auf perspektivische Umsetzungsprozesse der Wärmeplanung gebildet haben. Dadurch konnte eine tragfähige Grundlage für die Konkretisierung und Weiterentwicklung der im Rahmen der Veranstaltungsreihe erarbeiteten Inhalte geschaffen werden.

Teilnahmequote im Dialogprozess

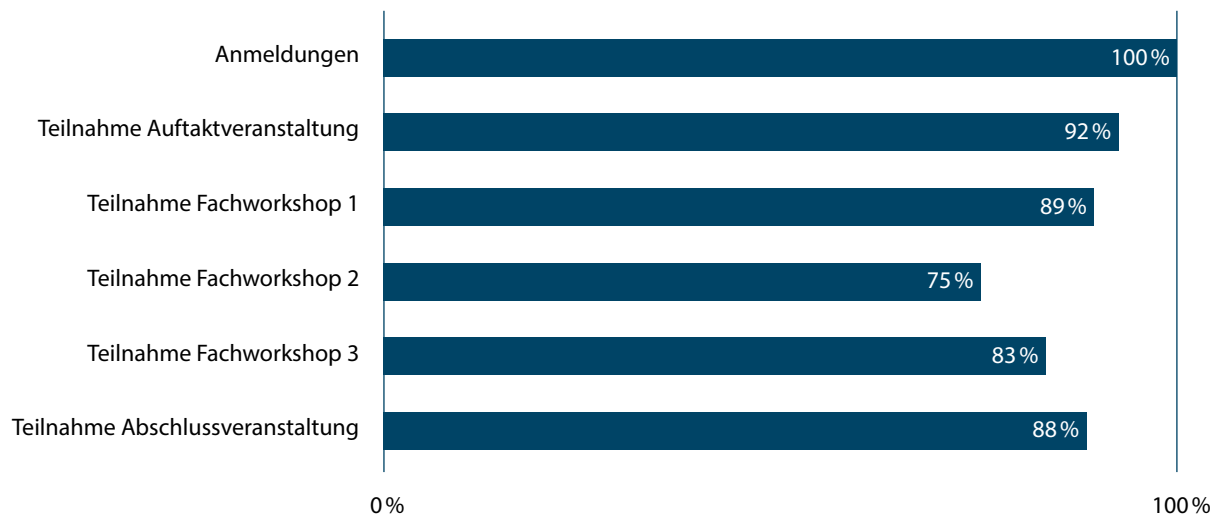


Abbildung 4: Teilnahmequote der Veranstaltungen des Stakeholder-Dialog Wärmeplanung. Quelle: dena

Literaturverzeichnis

Arnold-Drmic, A.; Thiele, J., 2025: Wärmewende in Deutschland: Kommunale Wärmeplanung im Überblick. Herausgeber: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Bonn. <https://doi.org/10.58007/sxc3-d095> [abgerufen am 20.07.2025]

Koch, A.; Grotelüschen, L.; Klausning, R.; Knirlberger, A.; Neuhaus, M.; Becker, C.; Frank, D.; Schmelcher, S.; Ammon, M.; Arnold-Drmic, A.; Korinke, E. K.; Neußer, W.; Schüle, R.; Thiele, J., 2025: Stakeholder-Dialog Wärmeplanung. Ergebnispapier. Herausgeber: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Bonn. <https://doi.org/10.58007/sxc3-d095> [abgerufen am 20.07.2025]

